

**Ersteinst täglich**  
nachmitt. mit Anzeigern  
für Sonn- und Festtage.

**Abonnementpreis**  
monatlich 60 Pf.  
vierteljährlich 1.80 Mk.  
pächner, frei ins Haus.  
Durch die Post bezogen  
1.05 Mk. zinkl. Postgeb.

**Die Neue Welt**  
(Materialeinstellung)  
durch die Post nicht bezog-  
bar, kostet monatlich 10 Pf.  
vierteljährlich 30 Pf.

Telephon Nr. 1047.  
Telegraphen-Nachricht:  
Wohlschlag Halle/Saale.

# WELTBILD

Sozialdemokratisches Organ

**Infectionsgebühr**  
betragt für die Expedition  
Postkarte aber deren Raum  
90 Pf. für Wohnungs-  
anmeldung 10 Pf. für  
Anmeldung 10 Pf. für  
Anmeldung 10 Pf. für  
Anmeldung 10 Pf. für

**Inserate**  
für die fällige Nummer  
müssen spätestens bis vor-  
mittags nach 10 Uhr in der  
Expedition aufgegeben

Eingetragen in die  
Polizeistadt-Liste  
unter Nr. 7888.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,  
Naumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion: Geisstr. 21. Hof 2 Cr.

Expedition: Geisstr. 21. Hof part. r.

## An die Parteigenossen von Halle und dem Saalkreis.

Lauf Beschluss des diesjährigen Kreisrates sind die bisherigen Arbeiten des Agitationskomitees dem Sozialdemokratischen Verein für Halle und den Saalkreis übertragen worden. Alle diesbezüglichen Anfragen und Aufträge sind an den 1. Vorsitzenden des Vereins, den Genossen **Karl Reiwand**, Albrechtstraße 41 III, zu richten. Alle Gelder, sowohl Beiträge für die Partei als auch für den Verein, desgleichen freiwillige sind an den Genossen **Wilhelm Meyer**, Lagerhalter, Schmiedestraße 26 II oder Zwingerstraße 27, abzuführen.

**Der Vorstand des Sozialdem. Vereins.**  
S. A.: **K. Reiwand**, Vorsitzender.

## Panama! Panama!

Das Reichsamt des Innern hat ein Geständnis gemacht, aber noch nicht das Geständnis. Das Reichsamt des Innern hat bekannt, daß Herr Weidte im dritten Quartal des Jahres 1899 von Herrn Bued einen Betrag von 12000 M. für die Justizausstattung entgegengenommen hat. Damit war aber der von der Leipz. Volkstz. aufgedeckte Deal noch nicht aufgedeckt, da der Buchliche Brief vom 3. August 1898 hatter. Entweder mußte ein Schreibfehler vorliegen oder das Reichsamt des Innern hatte mehrere Male mit dem Schafmader-Verbande Geldgeschäfte gemacht. Allenfalls war man geneigt, das erstere anzunehmen. Die Leipz. Volkstz. ist jedoch jetzt in der Lage festzustellen, daß der von ihr am 22. Oktober veröffentlichte Brief des Herrn Bued auch in seinem Datum bis auf das letzte Tüpfelchen stimmt. **Er ist geschrieben am 3. August 1898.**

Die vom Reichsamt des Innern angehängte Detelle vom Jahr 1899 ist also nur eine Episode: bereits früher, als von der Justizausstattung noch nicht die Rede war, vor der Kaiserrede in Dornhausen, hat Herr Bued das „etwas eigenartige Verlangen“ des Reichsamtes erfüllt und 12000 M. spendet für die Entfaltung einer Agitation zu Gunsten eines Gesetzes, das mit einem Schlage die ganze gewalttätige, mit unglücklichen Opfern errungene Arbeiterbewegung vernichtet und die Arbeiter zu willenlosen Sklaven der Unternehmer machen sollte! Der Appetit kommt bekanntlich beim Essen. Nachdem das erste Verlangen des Reichsamtes den Charakter des „etwas eigenartigen“ verloren hatte, mögen sich die Geldgeschäfte viel glatter abwickeln haben. Vorläufig ist bloß eines zu sagen worden, das aus dem 3. Quartal des Jahres 1899. Die Veröffentlichung des Buchlichen Briefes hatte im Reichs-

amt des Innern eine begriffliche Bestimmungsfähigkeit hervorgerufen. Woher kam dieses tödliche Geschloß? Birgt dieses unheimliche Dunkel noch mehr fugebete Regeln? In solcher Gewissensangst und Unsicherheit entlosch man sich, einen Fall zu beichten oder zu konstruieren, der dem Reichsamt des Innern vergleichsweise am harmlosesten erschien, einen Fall, der nur einer war in der langen Schandgeschichte der fälschlichen Beziehungen zwischen dem Ministerium der Arbeitnossigkeit und dem Zentralverein der Arbeiterbewegung. Und man erzählte die Geschichte, wie Herr v. Weidte beim Herrn Bued 12000 M. erbetelt habe, um im Sommer 1899 — nach der ersten Befugung der Justizausstattung — Flugblätter mit „Vojadomstj“ und „Gelbe Hefte“ mit „Dentschrit-Ausgaben“ massenhaft ins Land zu werfen.

Das war die Selbstbegünstigung einer unerhörten Interessenpolitik in der Regierung, und die gemante Preise, soweit sie noch fittlich denkt oder wenigstens es für taktisch klug hält, Sittlichkeit fangebener, war mit uns einzig in der schärfsten Beurteilung dieses Finanzhandels. Aber es war der Verrat einer Schuld, deren die Sozialdemokratie das Reichsamt des Innern gar nicht angeklagt hatte.

Der in Frage kommende Fall spielt ein Jahr früher; er ist nach wie vor nicht aufgeklärt. Die konterbaiten und großindustriellen Blätter, die zitternd um ihren Schützling Vojadomstj sich an den vermeintlichen „Schreibfehler“ trompselt hämmerten und die ganze Geschichte als vollkommen harmlos hinstellten, da es sich in nur darum gehandelt habe, das amtliche Material über die Justizausstattung dem von der Sozialdemokratie verhassten Wolfe bekannt zu geben, müssen sich nun von neuem nach Ausreden umsehen. Zur Zeit, als der Brief von Bued geschrieben wurde, gab es noch kein Justizausstattungs-material, gab es noch gar keine Justizausstattung. Wozu ist das Geld benutzt worden? Hat das Reichsamt des Innern damals schon die Hüllessen Lügenprodukte verbreitet oder ist mit den 12000 Mark jemand gekauft worden, in dessen Macht es lag, hochstehende Personen scharf zu machen?

Herr Vojadomstj soll nicht geirren sein, von seinem Vollen zurückzutreten. Er will dem Reichsamt Rede und Antwort stehen. Es wäre sehr zu wünschen, der Wind schlage bis zum 15. November nicht um. Unter der Wucht der Anklagen im Parlament wird Herr Vojadomstj, und sicher noch andere, reden müssen. Wer weiß, welcher Grund sich dann offenbart!

Wie eine Vorahnung dieser Dinge kam es bereits durch die Reichstagsvorhandlung am 29. Januar 1898. Am 3. Februar 1897 hielten in einer volkrechtlich nicht angemeldeten Versammlung des Zentralverbands deutscher Industrieller der Geheimfinanzrat Jenck (Direktor der Firma Friedrich Krupp) und der Geschäftsführer des Zentralverbands Dr. Bued Referate über die Invalidenversicherungs-Novelle. Im Anschluß an diese Referate richtete Dr. von Weidte, der neben dem hiesigen „Walt“ der Zentralverbands-Versammlungen, Herrn Schwinburg, als Gast zugelassen war, folgende Worte an die versammelten Großindustriellen:

## Auferstehung.

Von Graf Leo N. Tolstoj.

Deutsch von Wilh. Thal.

19)

(Nachd. verb.)

Während der Präsident sprach, haben die beiden Besucher heimlich nach der Uhr und fanden, daß die Rede ein bißchen lang, aber doch vorzüglich, d. h. so wie sie sein mußte, war. Das war auch die Ansicht des Staatsanwalts, des ganzen Gerichtspersonals und sämtlicher Anwesenden.

Der Präsident hatte alles gesagt, was zu sagen war, doch er konnte sich noch immer nicht zum Schluß entschließen, mit so großem Vergnügen hätte er die ankündigenden Worte zu verlieren. So konnte sie auch Bedauern lange betradeten, ohne fürchten zu müssen, ihrem Blicke zu begegnen. Und er fühlte, wie das in ihm vorging, was bei jedem von uns vorgeht, wenn wir nach Jahren ein uns trüber vertrautes Gesicht wiedersehen. Zuerst war er von den eingetragenen Veränderungen betroffen, doch nach und nach verwirklichte sich dieser Eindruck, und das Gesicht wurde wieder, wie es vor zehn Jahren gewesen. Sein geistiges Auge gewann die Oberhand über seine Sinne, und er sah nur noch die Hauptzüge, die die Individualität des jungen Weibes ausstrahlten und die keine Veränderung hatte zerstören können.

Da, trotz der Gesichtsveränderung, trat das stärker gewordenen Körpers, trotz der kräftig entwickelten Brust, trotz des dicken Gesichts, trotz der Augen an der Stirn und den Schläfen,

trotz der Aufstellung der Fider und des gleichzeitig Ritzeit erzeugenden und schmerzlichen Gesamteindrucks des Gesichts war es dieselbe Naticha, die ihn in einer Obernacht mit ihren verlebten, glücklich lächelnden und lebensfreundlichen Augen so ungeschuldig angeblüht!

„Und ein so wunderbarer Zufall! Gewende in der Session, in der ich Oehmoresen bin, muß dieser Fall zur Verhandlung gelangen, damit ich Naticha, der ich jetzt zehn Jahren nie begegnet bin, hier auf der Anklagebank wiederhole? Und wie wird das alles enden? Ach, wenn es doch überhaupt zu Ende ginge!“

Nach immer gab er nicht dem Gefühl der Reue nach, das sich nach und nach in ihm bildete und immer stärker wurde. Er sah darin nur einen einfachen Zufall, der ohne Störung seines Lebens vorübergehen würde. Und dabei erkannte er doch, wie gemein er gehandelt; er hatte die Umgebungen, eine wichtige Hand füllte ihm mit Schmutz seine Schuld vor; doch er wollte die wahre Bedeutung seiner That nicht immer nicht leben und nicht verlieren, was diese Hand, die ihn vorwärts stieß, von ihm verlangte. Er wollte nicht glauben, daß es sein Wert war, das da vor ihm stand. Doch die unsichtbare Hand hielt ihn, schürzte ihm ein und schon achtete er, sie würde ihn nicht mehr loslassen.

Er bemühte sich, fröhlich zu erscheinen, keagte mit behaglicher Miene die Weine, spielte mit seinem Vincenz und behielt eine ruhige und natürliche Haltung bei, als er da in der ersten Verzeihung lag. Und dabei kam ihm doch schon während dieser Zeit die ganze Schmutz nicht nur seines Verhaltens Naticha gegenüber zum Bewusstsein, nein, er erkannte auch die Schmach dieses unmühen, verrotteten, behaglichen, erbärmlichen Lebens, das er seit zwölf Jahren führte. Und der Vorhang, der ihm bis dahin die Inzanie seines Verhaltens Naticha gegenüber und die ganze Schmutz seines Lebens verbergen, dieser Vorhang begann sich vor ihm zu lüften und ließ ihn das sehen, was er bis dahin entdrückt hatte.

Endlich beendete der Präsident seine Rede und übergab das Wort, das die Rufe der Fragen enthielt, dem Omann der Oehmoresen. Die Oehmoresen erhoben sich und gingen im Gänsemarsch in das Gerichtszimmer. Sobald sich die Thür

hinter ihnen geschlossen hatte, stellte sich ein Gendarm vor diese Thür, zog seinen Säbel aus der Scheide und stellte sich als Schildwache auf. Auch die Richter erhoben sich und gingen hinaus, und die Angeklagten führte man ebenfalls hinaus.

Auch diesmal nahmen die Oehmoresen, als sie in ihr Beratunngszimmer traten, wie vorher Jagareten und zündeten sie an. Das Bewusstsein ihrer fälschen und unnatürlichen Lage, das alle mehr oder weniger deutlich empfunden, als sie im Gerichtssaal gesaßen, schwand vollständig aus ihrer Seele, sobald sie wieder frei waren und die Zigareten im Munde hielten, und sofort begann eine äußerst lebhaft Auseinander-

Die Kleine ist nicht fälschig; sie hat sich reinlegen lassen“, erklärte der brave Kaufmann; „Man muß mit ihr Witze haben!“

„Das werden wir unterjeden“, versetzte der Omann. „Guten wir uns, unferen persönlichen Einbriden nachzugeben.“

Der Präsident hat eine sehr schöne Rede gehalten“, bemerkte der Oberst.

„In der That sehr schön, aber wollen Sie glauben, daß ich fast erschlagen bin?“

Die Hauptfrage ist, die beiden Diebstohlen konnten von dem Gelde des Kaufmanns nichts wissen, wäre die Maslow nicht mit ihnen im Oemoresen gewesen“, sagte der jübische Kaufmann.

„Dann hätte sie also Ihrer Ansicht nach gefolgt?“ fragte einer der Oehmoresen.

„Das werde ich nie glauben!“ rief der dicke Kaufmann; „diese Kanaille ohne Wimpern hat alles Böse angedreht.“

„Schon recht“, behauptete der Oberst, „aber diese Frau behauptet, sie hätte das Zimmer nicht betreten.“

„Und sie wollen ihr glauben? Ich möchte mich nicht auf eine solche Person verlassen!“

(Fortsetzung folgt.)

vielfältigen Gesellsch. Die Grundbesitzer sind erschüttert, das Bau droht zusammen zu brechen. Nicht allein aus Alterschwäche, sondern vorzugsweise deshalb, weil seine eigenen Bewohner ihn unterminieren. Ein allgemeines Panama scheint das Ende der kapitalistischen Gesellschaftsordnung werden zu sollen.

## Der Kampf in China.

### Die Friedensverhandlungen

haben begonnen. Vorläufig wird Stillstehen über die Ergebnisse derselben beobachtet. Aus New-York wird gemeldet, daß die von der deutschen Regierung nach den Vereinigten Staaten gesandte Kommission, welche dort Beyer und Probian für das deutsche Expeditionskorps in China antauchen sollte, ihre Einkäufe plötzlich eingekauft hat und am nächsten Freitag nach Deutschland zurückkehren wird. Den deutsch-englischen Abkommen sind namentlich auch Frankreich und Rußland beigetreten. Amerika soll nur den beiden ersten Punkten zustimmen.

### Tagesgeschichte.

Salle a. S., 29. Oktober 1900.

### Dunkle Andeutungen.

Aus Anlaß der Veröffentlichung des Buchens Briefes wird der Täglichen Rundschau in Berlin von „nationaler Seite“ das Folgende geschrieben:

Hieraus stellt die ganze Bewegung des Jahres 1898/99, soweit sie mit der Zustandsvorlage zusammenhängt, in einem mehr als eigentümlichen Lichte. Es kommt nicht darauf an, jetzt einzelne Personen oder Zeitungen an den Stranger zu stellen, es kommt darauf an, den letzten Gedanken zu ergründen, von dem die ganze Treiberei jener Tage eingeleitet wurde. Wir sind weit entfernt, den Staatssekretär belachen zu wollen, als habe er dieses Gemüdel der Bewegung mit im Auge gehabt. Aber abstrahieren wird sich nicht lassen, daß es darauf abgesehen war, unser konstitutionelles System in eine Krise hineinzutreiben, beider die freihändlerischen Ergründungen der Verfassung samt und sonders in Frage gestellt werden zu lassen. Weshalb wir aber im Laufe der vier Jahre nicht einmal, sondern wiederholt bereits dreimal — in Wirklichkeit vielleicht noch öfter, hat an diesem Abend der Verfassungskreis vorbeigegangen sind, wird es sich doch empfehlen, daß das Parlament sich demnach einmal gründlich mit den andern verantwortlichen Faktoren der Bewegung befaßt, ob es nicht gemeinsame Aufgabe ist, derartige innere Konflikte und Katastrophen jederzeit im Keim zu ersticken. Undernfalls muß das Parlament eben seine Konventionen daraus ziehen, wenn die Reichsverwaltungsinstitution nicht unangenehm überrascht, außerdem in dieser Beziehung sich zu erheben.

Diese Andeutungen belegen: Die Zustandsvorlage war nur ein Mittel für ein andres Zweck, sie sollte als Hebel für einen Staatsstreich dienen. Nach den Versicherungen der Täglichen Rundschau ist das ganze Staatswesen seit Jahren von unterirdischen Strebungen unterminiert, es ruht auf der unablässigen Gefahr einer Revolution von oben. Das sind Anzeichen, die wir oft genug ausgesprochen haben, jetzt werden sie von „nationaler“ Seite bestätigt.

Die Breslauer Landtagswahl kommt heute zur Entscheidung. Die drei freiwähligen Kandidaten haben sich auf die Verfolgung des folgenden Programms im Abgeordnetenhaus verpflichtet:

1. Einführung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zum Landtage, Verbesserung des Wahlrechts zur Gemeinde, insbesondere Beteiligung der öffentlichen Abstammung und der Klassenwahl.

2. Volle Selbstverwaltung der Gemeinden und der Gemeindeverbände.

3. Volle Sicherung der Vereins- und Versammlungsfreiheit, 4. Vervollständigung der Gemeindeordnung und volle Sicherung der Dreiwahligkeit.

5. Verbesserung der Arbeiterlöhne und Kürzung der Arbeitszeit in den handlichen Betrieben.

Unsere Wahlmänner werden Mann für Mann für die freiwähligen Kandidaten stimmen. Der Sieg derselben ist sicher, trotz aller schmutzigen und verbrecherischen Manipulationen der Konserwativen.

**Ein Gruß für Dörfelm II.** Der Oberfeldher Hr. Dörfelm teilt ein Brief mit, daß als Dekoration zum Kaiserjubiläum auf einem Hause Oberfelds ein großes Schild besand mit einem Bilde, auf welchem ein Deutscher einen Chinesen über's Knie zieht und ihn gründlich verprügelt. Unter diesem Bilde stand folgende hochchristliche Inschrift:

Warte nur, Du Biest, Du wirst noch gerädert, geprügelt und gepöbelt.

Dieser Gruß beim Kaiserjubiläum stellt sich würdig an die Seite desjenigen, den ein Exorzist Badermeister s. Bt. angesprochen hatte:

Wer unsern Kaiser nicht thut lieben, Den will ich in den Wafoten schieben.

**Ein Sozialistengeschehen in den Reichsländern.** Das Ministerium für Volk- u. Nahrung hat die Verbreitung der italienischen Parteiblätter Abanti und Giustizia in den Reichsländern verboten.

Es wird weiter fribit. Aus Deutchen D. Sch. schreibt man der Leipziger Volkzeitung: Nachdem in der ungelähr halbjährigen Unterjudung der bekannten Briefstibigerien gegen das hiesige Arbeitersekretariat nach den offiziellen amtlichen Erklärungen nichts Positives ermittelt worden, anscheinend aber auch von der Einleitung der mit Sicherheit angebotenen mindestens drei schweren Strafverfahren wegen angeblicher Beleidigungen gewisser Vorbildern der Aufwand genommen worden ist, ist die Stibigerer vor kurzem wieder frisch aufgenommen worden. Unter auffälligen Umständen sind in kurzer Zeit wieder drei Briefe aus dem Arbeitersekretariat, enthaltend Anmeldebüchlein von Mitgliedern für den Bergarbeiterverband, „verloren gegangen“. Die nötige Unterjudung ist wieder beantragt; auch Herr v. Bohlstedt und die Deutscher Staatsanwaltschaft soll benachrichtigt. Ob es ihnen gelingt, die Spitzbuben zu fassen?

Für unästhetisch erklärt wurde dem Polizeibehörde in Stade das Werk von Blaten „Die neue Weltgeschichte“. Das Buch ist erst kürzlich in Dresden mit der goldenen Medaille prämiert worden und wird vom königlichen Polizeipräsidenten in Hannover empfohlen. Kurios!

Das Feuertingefeh soll nicht aufgehoben werden. Die preussische Regierung hält immer noch an ihrem ablehnenden Standpunkt fest.

Wegen Kaiserbeleidigung hatte die Witwe Minna Schulz in Berlin einen Steinjochmeister benannt, um sich an

ihren langjährigen Feind und Anzuerchten zu rächen. Dem Beschuldigten gelang es, nachzuweisen, daß er an dem fraglichen Tage gar nicht mit der Denunglantin zusammengetroffen sein konnte, und es stellte sich heraus, daß sie sich die ganze Geschichte aus den Fingern gelogen hatte. Der Gerichtshof beurteilte deshalb mit Rücksicht darauf, daß es im hohen Grade gemeinlichlich ist, einen unbescholtenen Mann wider besseres Wissen der Kaiserbeleidigung zu beschuldigen, die Denunglantin zu vier Monaten Gefängnis.

### Insland.

**Frankreich.** Zu einem Postersdienst hat sich die Regierung der Republik gebrauchen lassen. Sie hat der belgischen Polizei den Sibdo, d. i. S. aus fribitigen Weisheit auf den Prinzen v. Wales schob, ausgeliefert.

— Aus Tours wird berichtet, daß ein Unbekannter sich vorgestern der Polizei stellte mit der Behauptung, er sei der Urheber des Attentats gegen Labort während des Prozesses in Rennes. Derselbe wurde in Haft behalten und eine Unterjudung eingeleitet.

— Attentatskriecherei. Coubet will demnach in Lyon das Denmal für Carnot einweihen. Die dortige Polizei teilt der Welt mit, daß sie einer großen Verjudung gegen das Leben des Präsidenten auf die Spur gekommen sei und den für das Attentat gedungenen Arbeiter verhaftet habe. Man wird ja sehen, was an der romantischen Geschichte wahr ist. Viel wird es sicher nicht sein.

— Aus Kapstadt wird gemeldet, daß dort am Freitag die feierliche Proklamierung Transvaals als eines Teils des britischen Reiches stattgefunden hat. Na, vorläufig wird es noch gute Weile dauern, bis die Buren gute Briten sind.

— Aus Kapstadt wird noch gemeldet. General Kelly Kenny hat Befehl erteilt, sämtliche Einwohner der Stadt Philippolis wegen Verrats aus der Stadt zu verjagen.

**Amerika.** In der meist von französischen Kolonisten bewohnten Stadt Vallejo in Kanada sind erste Unruhen ausgebrochen, die den Charakter eines Kampfes tragen. Dem Daily Telegraph wird darüber aus Montreal gemeldet: Französische Kanadier, welche in Vallejo, Prov.ing Dubel, freileben, übermächtig eine Abteilung Royal Scots Victoria-Schützen, die aus Montreal geschickt waren, um das Gebäude der Dominion Cotton Company zu schützen. Neun Soldaten wurden verwundet. Es sind 25 Offiziere und 338 Mann als Verstärkung angekommen. Die Royal Scots waren den Streikenden völlig preisgegeben. Die Offiziere mußten sich damit begnügen, ihre Revolver in die Luft zu feuern. Die Soldaten wurden inzwischen mit Steinen und anderen Gegenständen beworfen. Nur ein Streikender wurde am Arme verletzt. Vier Leute sind verhaftet worden. Die Streikenden drohen, sie freizusetzen zu wollen. In Vallejo ist der Kampfes sehr groß. Kürzlich gab es darüber Streit, weil Engländer in den Sommeren angestellt werden sollten. Der gegenwärtige Streit ist ein Volkstreit, er nimmt den Charakter eines Kampfes an. Die Anwesenheit von englischen Rekruten aus Montreal verhärtet denselben.

Nach einer Meldung der Central News aus New-York suchte der die Truppen kommandierende Offizier vergebens den Bürgermeister und einen anderen händlichen Beamten, welche die Anruhr-Akte versehen sollten. Beide hatten die Stadt verlassen. Der Bürgermeister war nach Montreal geschickt, weil er fürchtete, die Verurteilung würde ihn lähmen. Verschiedene Friedensrichter wurden erlutet, die Anruhrakte zu versehen, aber diese lehnten es ab.

### Soziales.

**Arbeiter-Mitto.** Die Gemeinden wurden am Donnerstag zwei Bahnarbeiter, als sie einem anderen Zuge ausweichen, vom Schaffenburgger Schnellzug totgefahren.

### Folkzeitung und Gerichtliches.

§ Genosse Reichstagesabgeordneter Sasse war bekanntlich wegen Vergehens gegen § 153 der G.-O. zu einer 18 wöchigen Gefängnis verurteilt worden. Das Landgericht hat seine Verurteilung verworfen.

§ Nicht auf drei Monate Gefängnis, sondern auf 300 Mark Geldstrafe lautete das Urteil gegen den Genossen Fichtelhorn in Danzober, das am Mittwoch vom Reichsgericht bestätigt worden ist.

§ Wie im Oberlandesgerichtsbezirk Naumburg. Im Juli hatte die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Forstheim aus Anlaß von Lohnfribigerien so Genossin der Demokratischen Arbeitervereine in Forstheim durch eine Anklage in der That, was die Exzesse verhängt und vor Bezug gemacht. Deshalb wurde vom Amtsgericht gegen den Vorsitzenden der Ortsverwaltung, den Goldarbeiter Karl Klein, eine Gefängnisstrafe von acht Tagen, gegen den Arbeitersekretär Fritz Frede eine solche von fünf Tagen ausgesprochen. Klein hatte eine öffentliche Verammlung einberufen und in ihr den Vorfall geäußert, außerdem dabei gesprochen; Sekretär Frede, damals in Urlaub, hatte die Anklage dem Vorst. ausgedrückt. Außerdem wurde durch das gleiche Urteil gegen den Doziermacher Emil Landes eine Gefängnisstrafe von zehn Tagen ausgesprochen, weil er den arbeitsunfähigen Doziermacher S. Exzette mit Mißhandlung bedroht habe. Die Verurteilten wollen sich bei dieser Entscheidung nicht beruhigen.

Das liberale Mutterland verpreußt mehr und mehr.

### Parteinachrichten.

— Ein braver Genosse, Korarbeiter Karl Cackay, ist in Breslau an der Proletarierkrankheit im Alter von 39 Jahren gestorben. Er war in der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung seit Jahren tätig. Zielte lebte er den Vollen des Vertrauensmannes für Breslau. Eine seinem Angehörigen!

### Lokales und Provinziales.

Salle a. S., 29. Oktober 1900.

**Die Öffentlichkeit des neuen Militärgerichtsverfahrens.** Als im Reichstages das am 1. Oktober in Kraft getretene Militärgerichtsgesetz beraten wurde, wies die sozialdemokratische Fraktion darauf hin, daß auch in diesem neuen Verfahren von einer Öffentlichkeit der Verhandlungen nicht die Rede sein könne, da die Ausnahmebestimmungen, die den Ausschluß der Öffentlichkeit rechtfertigen, so gefaßt sind, daß in jedem Falle der Ausschluß der Öffentlichkeit zulässig ist. In dem dem Gesetze beigegebenen Erläuterungen heißt es, daß auch im gerichtlichen Verfahren das Ansehen der Kommando-gewalt, der militärischen Einrichtungen, Verordnungen und Gebrauche aufrecht erhalten, der für die unbedingte Unterordnung des Untergebenen unter den Vorgesetzten jeden Grades gewahrt

und den berechtigten Erfordernissen der Disziplin, insbesondere demjenigen des Offizierskorps Rechnung getragen werden muß. Sobald dieser Grundfaß gefährdet oder nach der Persönlichkeit des Angeklagten oder auch des Zeugen zu ermaßen ist, kann die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Und wie leicht ist dieser Grundfaß gefährdet? Ist ein Obergelehrter Disziplinargenügen begehren, so ihn das „berühmte Gericht“ vorzuzugliche Dienste. Hat ein Gemeiner sich an seinen Vorgesetzten vergiffen, so gibt der Rufus von der unbedingten Unterordnung des Untergebenen „unter den Vorgesetzten“ genügende Handhabe, um die Öffentlichkeit auszuschließen; auch, die Fälle könnten ins Unendliche vermehrt werden, um nachzuweisen, daß auch bei dem neuen Militärgerichtsverfahren die Öffentlichkeit der Verhandlungen wie schoner Wahr ist, der nie Wirklichkeit werden wird. Unser Fraktion hatte also mit ihrer Behauptung vollständig recht und jede Eignung des Militärgerichts an dem einen oder anderen Orte hätte diese Behauptung. Einen Beitrag hierzu liefert selbstverständlich auch Salze.

Dies war am vorigen Mittwoch zum erstenmal im neuen Militärgerichtsalle in der Blumenthalstraße Verhandlung angefaßt. Die erste Verhandlung und — der erste Ausschluß der Öffentlichkeit. Gegen wen verhandelt wurde und welche Delikte unter Anklage standen, wir wissen es nicht, die Öffentlichkeit wurde sofort ausgeschlossen. Und da spricht man von einer Reform des Militärgerichtsverfahrens! Sie präferiert sich gleich recht eigenartig, diese Reform. Wir werden sehen, wie sie sich weiter entwickelt.

### Die Halle'sche Straßengrund

befähigt auch den Bürgerverein für händliche Interessen in seiner letzten, am Freitag abgehaltenen Sitzung. Freilicherweise stellten sich die meisten Redner nicht auf den Schaffmaderpunkt der Saale-Sitzung, wenn diese auch in ihrer Sonntagsnummer verstimmt ausdrückt, daß es in dieser Sitzung gestellten Forderungen in Bezug auf die Erziehung der Jugend die Zustimmung ihrer Philippia waren. Mit Genehmigung konstatieren wir, daß die am Freitag vorgelegene Erziehung von Spielplätzen bereits am Mittwoch in unserem Artikel gefordert wurde. Ueber den Verlauf der Sitzung selbst, in der das Thema gestellt war: Was kann die Bürgerchaft zur Erziehung der Jugend thun, berichten die hiesigen Blätter übereinstimmend:

„Ein Stunden Zeit beschrieb die Verjudung des Hauptthemas „Die Verjudung unserer Jugend“. Dieses Thema halber hatte sich eine Anzahl Redatoren, Lehrer und auch Lehrerinnen eingefunden, die sich zum Teil mit an der Verjudung beteiligten. Die Redner führten aus, daß es so schlimm, wie in den verjudigten Artikeln der G.-S. in letzter Zeit behauptet wird, doch nicht sei. Unsere Jugend sei ganz genau so wie in anderen Städten, nicht schlechter und auch nicht besser, und entschieden sei von dem Verfasser jeder Artikel so stark aufgetragen worden. Von einigen Jähren der Arbeit ununterbrochener Jugend könne man noch keinen Schluß auf die Verjudung ziehen. Was das Vaterland anlangt, so haben die strengen Maßnahmen der Polizeiverwaltung bereits einen Wandel zum Besseren geschaffen, wenngleich ausgegeben werden muß, daß dieses Uebel nicht ganz ausgerottet sein wird. Um die Jugend zu bessern, dazu seien in erster Linie die Eltern da, die die nötigen frengere Aufsicht über ihre Kinder halten und sie zu besseren Tugenden erziehen. Aber letztlich nicht es ausreichen, die ihren Kindern mit höchstem Beispiel vorzugehen und ein gutliches Einreden von anderer Seite beizubringen. Die Lehrer thun ihr Möglichstes, die Kinder in Zucht und Ordnung zu halten; aber die Schulunterrichtszeit hinaus haben sie unbestimmte Zeit bis zum Abend mit ihnen zu verbringen, die sie nicht überlassen. Die hier erzielten Anruhr und Mädchenhorte haben sich ja als redt heilfam erwiesen. Es sind nur deren zu wenig. Im ganzen findet zur Zeit 9 folcher Sozete mit etwa 400 Kindern eingerichtet, weitere 400 Kinder haben sich zur Aufnahme gemeldet, können aber jetzt nicht aufgenommen werden. Als kleine Mittel zur Verjudung entgegenzuwirken, wurden genannt, die weitere Ausgestaltung dieser Anruhr- und Mädchenhorte, sowie die Schaffung ausbreitender und entprender Spielplätze, wo die Kinder sich unter liberaler Aufsicht gehörig austoben können. Weiter wurde es gut sein, wenn Bürger, die Ausbreitungen Gemeinen in ruhiger Weise auf ihre eigenen unternehmen möchten, die Namen der betr. Kinder feststellen und die Schulen der Schule mitteilen, welche Mittel zur Verjudung beiste und den Eltern Kenntnis von den Anzeichen giebt. Gerade der Umstand, daß die Kinder auf der Straße einer Großstadt zumeist unbekannt sind, geht wenig zu dummen Streichen, in den meisten Fällen werde sich aber durch geeignetes Einwirken der Eltern feststellen lassen. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen: Der Bürgerverein für händliche Interessen hält es für seine Pflicht, einen Appell an die gesamte Bürgerchaft zu richten, an der Erziehung unserer Jugend mitzuwirken und Mittel dazu der Jugendvereine zu beschaffen, um werden, sowie die händlichen Bedürfnisse zu erziehen, die Schulhufe an unterrichteten Nachmittagen als Spielplätze zur Benutzung unter Aufsicht freizugeben. In Erpägung zu stehen ist auch die Erziehung sonstiger Spielplätze.“

\* **Ärztliche Gesellschaft.** Unter dieser Spitzmarke läßt sich die Halle'sche aus Trotha mitteilen: In Trotha in Ostpreußen und Preußen, so fand auch in letzter Zeit in Trotha Fälle vorgekommen, daß einzelne Personen ihren Austritt aus der evange-lischen Landeskirche erklärt haben, weil sie nicht gemütlit seien, Kirchensteuern zu zahlen. Trotzdem schon wiederholt darauf hingewiesen worden ist, daß die Kirchensteuer keine neue Steuer ist, da sie früher in der Gemeindesteuer mit enthalten war und seit der Eingemeindung der Vororte nur unter einem besonderen Namen auftritt, so lassen sich doch manche nicht bekehren und begehren einen so bewährlichen und leichtfertigen Schritt. Wir quittieren dankend über den Erfolg unserer Agitation bei dieser „Ärztlichen Gesellschaft“.

\* **Ueber die Gründung eines Vereins für Feuerbekämpfung.** Halle schreibt man uns: Infolge einer Anregung des Berliner Vereins für Feuerbekämpfung vermittelten sich Sonnabend abend 30 Herren im Vereinszimmer am Bierställe, um über die Gründung eines gleichen Vereins hier in Halle zu beraten. Nachdem unter Vorsitz des Herrn Dr. med. Bergau beratendene Fragen über Ziel und Zweck des Vereins von Herrn Direktor Baulz-Berlin eingehend beantwortet waren, wurde einstimmig beschlossen, einen Verein für Feuerbekämpfung ins Leben zu rufen und hierzu zunächst ein provisorisches Komitee von 5 Herren gewählt, welches die Statuten des Vereins vorbereiten soll. Diese Statuten sollen einer konstituierenden Versammlung in den Ratskellern am Mittwoch, den 7. November, vorgelegt werden, zu welcher alle Damen und Herren eingeladen sind, die sich für die Frage der Feuerbekämpfung interessieren. Zwischen uns wird jede gemeinschaftliche Auskunft gern erteilt von den Herren: Dr. Bergau (Bierställe 40), Prof. Baumert (Albrechtsstraße 42), Rentier Keil (Sägenplatz 6), Rentier Knoke (Windstraße 83) und Polizei-Sekretär Namad (Blumenthalstraße 6).

\* **Für die Volkshausung am 1. Dezember** ist eine sogenannte Zählungskommission innerhalb der händlichen Verwaltung gebildet. Sie besteht aus den Herren Stadtrat Pütter, Stadtschulrat Brendel und Ober-Polizeipostler Heydemann.





